

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Besuss des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 10.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 30.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Managen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die gespaltenen Nonpareil-Letter oder deren Raum mit Mk. 3.—, die Restzeile mit Mk. 6.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878.

Druck und Verlag: Mülhersch Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Bruch, Nastätten.

Begründet 1878.

Nr. 81

Nastätten, Donnerstag den 13. Juli 1922

45. Jahrgang

Obst dem Staate, was des Staates ist.

Auf der Tagesordnung der Reichstags-Sitzung am Montag stand die zweite Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik. Damit ist der Reichstag vor die Frage gestellt, ob er den Willen und die Kraft in sich fühlt, über die vielleicht schwerste Krise des Deutschen Reiches seit dem Zusammenbruch im Jahre 1918 hinwegzukommen, oder ob der Friede und die Einheit der Nation schweren Schäden leiden sollen. Eine Verständigung über die notwendigen staatlichen Schutzmaßnahmen ist zweifellos möglich. Es läßt sich zum mindesten eine sehr breite Front der Mitte im Reichstage zusammenschließen, die dem Staate die nötigen Nachmittel in die Hand gibt, mit denen er seine Existenz gegen Verschwörung und Umsturzpläne verteidigen kann. Alle Parteien des Reichstages haben ein Lebensinteresse daran, daß Reich und Staat nicht zusammenbrechen, und deshalb würde sich zweifellos eine große Mehrheit unter der Parole zusammenschließen: „Obst dem Staate, was des Staates ist!“ Es scheint aber auch in diesem gefährlichen und kritischen Augenblick der deutschen Geschichte wieder unser Verhängnis zu sein, daß die innere Zerküftung größer ist als die Kräfte, die das Ganze zusammenhalten. Die Triebkräfte der Zerküftung gehen von zwei Quellen aus. Die eine Quelle ist das freudlose Verbreden an Rathenau, das Werk jener Kreise, die die mühsame Arbeit des staatlichen Wiederaufbaus durch jähe Gewalttaten zerstören. Die andere Quelle liegt in der Parteiucht, die den Sturmwind der Erregung über jene Worttat in ihren Segeln aufgefangen hat, anstatt alles zu tun, um den Kurs unserer Politik der Sturmzone fernzuhalten. Diese falsche politische Methode, die leider der Regierungspolitik und der Haltung der Koalitionsparteien in der ersten Zeit nach der Ermordung Rathenaus die Richtung gegeben hat, hindert uns jetzt daran, eine sichere Mehrheit für die Staatsnotwendigkeiten zu bilden, unter Ausschaltung aller nicht nur überflüssigen, sondern schädlichen parteipolitischen Einflüsse. Die Sozialdemokratie will offenbar nicht die Verständigung, sondern den Kampf. In dem ersten wilden Aufflammen der Parteileidenschaft gegen rechts sind trennende Schranken zwischen den Unabhängigen und der Sozialdemokratie verschwunden, und die Einheitsfront, die seitdem zwischen der Fraktion Hermann Müller und der Fraktion Dittmann besteht, will ihre Marsch- und Kampfrichtung gegen rechts, die sie zusammengeführt hat, nicht wieder aufgeben. Die Führer sind nicht blind für die Gefahren, die darin liegen, aber die Massen, die in der Front zusammenschlossen sind und die von den Unabhängigen mit Bewußtsein immer wieder vorgetrieben werden, lassen sich so leicht nicht wieder zurückziehen. Und so marschiert die sozialistische Einheitsfront dem Wahlkampf entgegen, in welchem sie die Entscheidung suchen will, die ihr durch die Haltung der bürgerlichen Koalitionsparteien im Reichstag versagt zu sein scheint.

Gibt es noch eine Abkehr von diesem Wege? Eine Regierung, die der Parole Dr. Wirths „Der Feind steht rechts!“ mit aller Entschiedenheit Geltung verschaffen will, könnte vielleicht im Reichstag die Parteigruppierung mit kräftigem Rucke so gestalten, wie sie der Sozialdemokratie vor Augen schwebt: Linksmehrheit für ein scharfes Ausnahmegesetz. Aber abgesehen davon, daß die Regierung auch diesmal von einem entschiedenen Führerwillen nicht besetzt zu sein scheint — wie könnte sie es verantworten, Gefahren heraufzubeschwören, die für unsere innerpolitische und außenpolitische Lage von ernstester Tragweite sind. Es ist kein Geheimnis, daß Bayern auf die Annahme des vorgelegten Ausnahmegesetzes mit einem Protest antworten würde, der in seiner Auswirkung für unsere Reichseinheit eine schwere, vielleicht allzu schwere Belastung bedeuten würde. Es ist ferner bekannt, daß die Linksmehrheit, die von den Sozialdemokraten angestrebt wird, unsere außenpolitische Aussicht auf Finanzhilfe auf den Nullpunkt herabdrücken würde. Es bleibt für denjenigen, der diese Lage überblickt, nur der eine Weg: eine Verständigung über die Maßregeln zu versuchen, die der Staat unbedingt zu seinem Schutze braucht, und alle spielerischen Versuche mit einer Radikalisierung der Regierung und mit politischen Verfolgungsgesetzen zu unterlassen. Da man in der Regierung zweifellos die Lage klar überblickt, so ist dies auch der einzige Weg, den die Regierung gehen kann. Sie würde

ihn wohl auch mit Bewußtsein einschlagen, wenn nur die Geister nicht wären, die sie rief und die sie vielleicht nicht mehr bannen kann. So sind die Aussichten, mit denen die Woche beginnt, trübe genug, und vor uns liegt der Ausblick auf innerpolitische Kämpfe, die unser politisch und wirtschaftlich so ruhebedürftiges Volk aufs tiefste aufwühlen und erschüttern müssen.

Die wirtschaftlichen Folgen unserer inneren Wirren sind jetzt schon schlimm genug. Sie müssen fürchtbar sein, wenn es zu innerpolitischen Kämpfen auf der ganzen Linie kommen sollte. Die Regierung ist schon heute am Ende ihrer Erfüllungspolitik angelangt. Sie führt Verhandlungen, um eine völlige Stundung unserer Entschädigungszahlungen oder doch eine wesentliche Herabsetzung der Barleistungen zu erzielen. Die nächsten Tage werden zeigen, ob die Entente Verständnis für unsere schwierige Lage hat. Aber alles Verständnis der Außenwelt hilft uns nichts, wenn wir selbst uns weiter zerfleischen.

Umschau.

Die Regierung hat, schon ehe der Dollar die schwindelnde Höhe der letzten Tage erreicht hatte, der Reparationskommission die Unmöglichkeit, die allmonatlich fälligen Goldmarkzahlungen weiter aufrecht zu erhalten, klargestellt. Im Anschluß daran sind Verhandlungen eingeleitet worden, die zuerst in London stattfanden, und jetzt in Paris fortgesetzt werden. Es handelt sich dabei um den Nachweis, daß Deutschland, ohne dem völligen wirtschaftlichen Ruin zu verfallen, keine weiteren Goldzahlungen leisten kann, jedenfalls nicht in der Höhe der bisherigen Monatsraten von 50 Millionen Goldmark. Die deutsche Regierung sucht deshalb um ein weiteres, langfristiges Moratorium nach, durch das die monatlich fälligen Zahlungen entweder gänzlich gestundet oder doch wesentlich herabgesetzt werden. Eine Einstellung der Ratenzahlungen zum 15. Juli ist noch nicht formell angekündigt worden, da man fürchtet, dadurch die Verhandlungen zu stören. An sich stehen die Zahlungsmittel der Regierung zur Verfügung, da sie bekanntlich von dem deutschen Außenhandel einen bestimmten Prozentsatz ausländischer Devisen einzieht, der im Durchschnitt etwa 30% Prozent des Gesamtanfuhrwertes beträgt. Es wirkt aber natürlich bei dem fortgesetzten Sturz der Mark auf die Dauer katastrophal, wenn dem deutschen Wirtschaftsleben diese 30% Auslandsdevisen entzogen werden. Es ergibt sich dann eine Schraube ohne Ende, die den Dollar immer höher treiben muß. In England scheint Verständnis für unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorhanden zu sein.

Die innerpolitische Lage wurde am Ende der vorjüngsten Woche auch in Regierungskreisen sehr pessimistisch beurteilt. Den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung sieht man in Regierungskreisen nicht kommen, weil die Sozialdemokratie erklärt hat, sie könne sich aus Rücksicht auf die Unabhängigen mit einer Erweiterung der Regierung nach rechts nicht einverstanden erklären. Die einzige Möglichkeit, durchzukommen, sieht die Regierung darin, daß das gegenwärtige Kabinett im Amte bleibt und mit einer nach rechts und links erweiterten Mehrheit das Schutzgesetz durchbringt. Diese Möglichkeit ist aber so problematisch, daß man ernsthaft mit ihr überhaupt nicht rechnen kann. Im Falle sie scheitert, hält man in Regierungskreisen die Auflösung des Reichstages für das einzige Mittel. Das Reichstagsbarometer scheint sich immer deutlicher auf Neuwahlen einzustellen. Den beiden sozialdemokratischen Parteien ist der Preis ihrer lang ersehnten Vereinigung so kostbar, daß sie darum wohl auch einen Wahlkampf auf sich nehmen, für den sie selbst an sich wohl auch nicht allzuviel Neigung verspüren.

Nassauischer Bauernntag.

Erbenheim, 10. Juli 1922.

Der Eröffnungstag des 3. Nass. Bauerntages in Erbenheim brachte bei trockenem Wetter einen nach Zehntausenden zählenden Besuch. Bei der Eröffnungsfeier sprachen u. a. Reichstagsabg. Hepp über „Die Aufgaben der Landwirtschaft in der Gegenwart“, Reg.-Präsident Dr. Momm über „Das Verhältnis der Landwirtschaft zur preußischen Regierung“ und Reichstagsabg. Lind über „Das Verhältnis zwischen Stadt und Land“.

In der Vertreterversammlung wurden eine Reihe von Entschlüssen, u. a. für eine grundlegende Revision des Erbschaftsteuergesetzes, gegen die jetzige Zusammenfassung der Steuerzuschüsse und gegen die zu weit gehende Enteignung von Grundstücken zum Zwecke der Siedlung und zugunsten der Industrie angenommen. Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde Limburg bestimmt. Die Ausstellung (Obst- und Gemüsebau, landwirtschaftliche Maschinen usw.) ist vor allen Dingen aus den Orten des Rheingaus reich besichtigt. Auch eine Reihe führender Firmen in der landwirtschaftlichen Industrie aus Wiesbaden, Biebrich, Frankfurt und Mannheim sind vertreten. Ein Bauernrennen und Leistungsprüfungen von Pferden im Gespann bildete den Beschluß der Tagung.

Eine schwere Explosionskatastrophe.

Hamburg, 11. Juli. Die „Hamb. Nachr.“ melden: Heute nachmittag ist das Minendepot Groden bei Cuxhaven in die Luft geflogen. Alle Fernsprech- und Telegraphenleitungen mit Cuxhaven sind unterbrochen. Selbst auf den Eisenbahnleitungen ist zurzeit eine Verbindung mit der Stadt nicht zu erreichen. Die Bewohner von Cuxhaven und den umliegenden Ortschaften sind durch die Kommandantur aufgefordert worden, infolge der Gefahr noch weiterer Explosionen ihre Wohnstätten zu verlassen. Auch die Leuchttürme im Hafen von Cuxhaven sind durch die Explosion beschädigt worden und infolgedessen außer Betrieb gesetzt. Die Explosionen sind in verschiedenen Abständen erfolgt. Verschiedene Häuser sind zum Einsturz gebracht. In einigen Straßen sind alle Schaufensterheben zertrümmert worden. Die Teile flogen weit umher. Bis heute abend 7 Uhr sind 27 Tote und sehr viele Schwerverletzte gemeldet worden.

Ein politischer Mord Linksradikaler.

Marienburg (Westpreußen), 11. Juli. (Wolff.) Gestern nacht hörte die Frau des Redakteurs der rechtsgerichteten „Marienburger Zeitung“, Dr. Reis, auf der Straße vor ihrer Wohnung großen Lärm. Sie begab sich an das Fenster und erhielt plötzlich einen tödlichen Schuß in die Stirn, der offenbar ihrem Mann gelten sollte. Fünf bis sechs Personen, angeblich Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte, sind verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Eine Moralkommission traf von Elbing zur Aufklärung der Tat hier ein. — Dr. Reis erhielt in der letzten Zeit mehrfache Drohbriebe, worin er und seine Frau aufgefordert wurden, innerhalb 8 Tagen Marienburg zu verlassen. In der Nacht vom 29. bis 30. Juni 1922 ist bereits eine Bombe in die Wohnung von Dr. Reis geworfen worden, bestehend aus einer Konservendose, die mit Schwarzpulver, Blei und zerhackten Nägeln gefüllt war. Da die Zündschnur nicht weiterbrannte, explodierte die Bombe nicht. Der Regierungspräsident und Dr. Reis setzten auf die Ergreifung des Täters je 10000 Mark Belohnung aus.

Heimatliches.

Nastätten, 12. Juli 1922.

— Steuerzahlung. Trotz wiederholter Belehrung in den Zeitungen bestehen unter der Bevölkerung immer noch Zweifel über die Fälligkeit und Entrichtung der Einkommensteuerschuld für die Jahre 1920, 21 und 22. Durch umstehende Bekanntmachung des Finanzamtes wird auf die bestehenden Zahlungsverpflichtungen nochmals zur genaueren Beachtung hingewiesen. Die nunmehr einsetzende Zwangseinzahlung ist heute recht kostspielig.

— Gesetzliche Regelung der Feiertage. Dem „Vorwärts“ zufolge hat das Reichsministerium des Innern dem Reichsrat einen Gesetzentwurf zugehen lassen, durch den die Frage der Feiertage reichsgesetzlich geregelt werden soll. Als gesetzliche

Feiertage werden bestimmt: die beiden Osters-, Pfingst- und Weihnachtstage, der 11. August und in Süddeutschland der Fronleichnamstag und in Norddeutschland der Karfreitag. Das Reformationsfest, der Fuß- und Veittag und der 1. Mai bleiben landesgesetzlicher Regelung überlassen.

— Holzhausen, 12. Juli. Hier war ein Gerücht im Gange, demzufolge der eigentliche Urheber zur Einstellung des am Sonntag geplant gewesenen Kriegerfestes der August fuhr sei. Dieses Gerücht hat sich als falsch erwiesen. Das Verbot des Festes erfolgte im letzten Augenblick seitens des Oberpräsidenten in Kassel auf Grund der neuen Verordnung zum Schutze der Republik.

• Diez, 11. Juli. Eine rote Tat, die ihresgleichen sucht, wurde in Talhof bei Balduinstein verübt. Der Wächter des Palhofes, läßt Tag und Nacht das Vieh auf der Weide beim Gut. In der Nacht nun wurde von einem Mörder ein Hühner mit einem Messer der Leib aufgeschliffen, sodas die Eingeweide herausstraten. Das Tier muß unter den größtlichen Schmerzen verendet sein. Man fand es am nächsten Morgen tot vor.

• Wiesbaden, 10. Juli. Der 57. Kommunallandtag wurde heute abend durch den Regierungspräsidenten Dr. Momm eröffnet. Dieser gedachte in seiner Ansprache zunächst des Wortes an Rathenau, auf sei es Pflicht aller Vaterlandsfreunde, zum Schutze der Verfassung zusammenzutreten. Die Entwertung der Mark habe die Aufstellung des Haushaltsplanes nahezu unmöglich gemacht. Die gebotene Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des steuerzahlenden Volkes dürfe aber nicht so weit gehen, daß man die Erfüllung kultureller und sozialer Aufgaben notwendigen Mittel streiche, denn ohne Pflege der ideellen Güter sei ein wirtschaftlicher Aufschwung unmöglich. Der Präsident des Landtages, Hopf (Frankfurt a. M.), gedachte in längeren Ausführungen ebenfalls der Ermordung Rathenaus und ihrer verheerenden Folgen für unser wirtschaftliches und politisches Leben. Schuld trügen auch die Koalitionsparteien, die die parteipolitischen Momente zu sehr in den Vordergrund gestellt hätten; sonst wäre es garricht möglich, daß der Vertreter von Hessen-Nassau im Reichsrat gegen das Gesetz zum Schutze der Republik hätte stimmen können. Diese Abstimung sei eine Verfälschung des Willens des Volkes, denn die Bevölkerung stehe zu drei Vierteln hinter den Koalitionsparteien. Das Präsidium wurde durch Zuruf wiedergewählt. Dem Kommunallandtag liegt der Antrag der Stadtverordnetenversammlung von Höchst auf Annahme einer Entschlüsselung gegen das erwähnte Votum des Provinzialvertreters vor.

Spd. Frankfurt, 10. Juli. In der Altstadt kam es zwischen etwa 40 Personen beiderlei Geschlechts, die reichlich dem Alkohol zugesprochen hatten, zu einer schweren Reiterei, bei der bald das Messer die ausschlaggebende Rolle spielte. Mehrere Personen wurden derart erheblich verletzt, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Ein Mann ist bereits verstorben. Der Schläger machte die Polizei nach heißem Bemühen ein Ende.

• Frankfurt, 11. Juli. (Viehmarkt.) Es waren aufgetrieben: 216 Ochsen, 78 Bullen, 1127 Rarjen und Kühe, 455 Kälber, 137 Schafe und 1381 Schweine. Es wurden bezahlt für einen Zentner Lebendgewicht: Ochsen 2500 bis 3700 Mark, Bullen 2800 bis 3400 Mark, beste Rarjen 3200 bis 3700 Mark, beste Kühe 2300 bis 3700 Mark, Kälber bester Qualität 3500 bis 3800 Mark, mittlerer Qualität 3400 bis 3600 Mark, Schafe 2400 bis 3900 Mark, Schweine unter 80 Kilogramm Lebendgewicht 6000 bis 6700 Mark, von 80 bis 100 Kilogramm 6800 bis 7000 Mark, von 100 bis 120 Kilogramm 6800 bis 7100 Mark, über 120 Kilogramm 6800 bis 7000 Mark, Sauen und Eber 6300 bis 6700 Mark. Das Geschäft war nur kleineren Umfangs; Schweine hinterließen Ueberstand.

Spd. Bilmars, 11. Juli. Im letzten November wurde der Treiber Häbler nach einer Treibjagd von dem Gemeindeförster Schmidt aus Bilmars in dem Augenblick erschossen, als der Beamte das Gewehr entladen wollte. Die Bilmarsburger Strafammer, die sich jetzt mit dem Fall beschäftigte, gelangte nach der Vernehmung zahlreicher Zeugen und Sachverständigen zu einem Freispruch, da dem Förster eine Fahrlässigkeit nicht nachgewiesen werden konnte.

